



„Schon mit 16 Jahren habe ich jemanden getötet.“

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte hat sich erneut mit der Anwendung roher Gewalt gebrüht

150.000 Euro Kaution

hat die von Madrid abgesetzte katalanische Parlamentspräsidentin Carme Forcadell hinterlegt, um aus der Untersuchungshaft freizukommen. Forcadell hat das Alcalá-Meco-Gefängnis nahe Madrid am Freitag verlassen. Unterstützer hatten das Geld für die Kaution zusammengebracht. Die spanische Justiz wirft ihr u.a. Rebellion vor.

BLICK NACH WIEN

Viel Rauch um noch nichts

ÖSTERREICH: Schlagzeilen durch Nebenschauplätze



von Andreas Schwarz

Drei Wochen sind die Nationalratswahlen nun her, und es ist ein bisschen still geworden um die Koalitionsverhandlungen zwischen der ÖVP von Wahlsieger Sebastian Kurz und der drittplatzierten FPÖ. Ob das ein gutes oder ein schlechtes Zeichen für eine allfällige Regierungsbildung ist? Österreichs Innenpolitik findet jedenfalls zurzeit an Nebenschauplätzen statt, die das Zeug zum medialen Großen haben. Überdeckt wird alles natürlich von der Affäre um Peter Pilz, der sich mit Vorwürfen sexueller Belästigung konfrontiert sieht und sein Nationalratsmandat nun doch nicht angenommen hat. Somit sind dank seinem Antreten als eigene Liste die Grünen nach 30 Jahren aus dem Parlament geflogen, aber das ehemalige grüne Urgestein Peter Pilz ist auch nicht drin – „nur“ 6 Abgeordnete seiner neuen Fraktion sind es. Dann ist da noch die SPÖ, die sich nach ein paar Schrecksekunden (bzw. Tagen) doch darauf besonnen hat, das Wahlergebnis als das zu nehmen, was es war: Eine Niederlage der Kanzlerpartei.

Also betreibt man (zumindest offiziell) nicht mehr das Spiel, einen Kanzler Kurz verhindern zu wollen, indem man mit dem einstigen Gottseibeiuns FPÖ an einer Regierungsehe schmieden will, sondern fügt sich in die Oppositionsrolle.

Und schließlich, Nebenschauplatz Nummer 1 in der abgelaufenen Woche, konstituierte sich das neue Parlament mit seinen 183 Abgeordneten, von denen rund die Hälfte Neulinge sind. Und bei der Wahl des Präsidiums kam es zum, nein: nicht Eklat, aber zu Abstimmungshickhack. Weil die ÖVP mit der



Sebastian Kurz und Elisabeth Köstinger

jungem Generalsekretärin und EU-Parlamentarierin Elisabeth Köstinger ein parlamentarisch unbeschriebenes Blatt nominierte, das als Fixstarterin für ein allfälliges Ministeramt in einer neuen Regierung gilt, verweigerte ihr entgegen den sonstigen parlamentarischen Usancen ein Drittel der Abgeordneten die Zustimmung – das schlechteste Ergebnis einer Parlamentspräsidentin seit Langem. Nur eine Präsidentin auf Abruf wollten viele nicht wählen. Als Revanche bekam auch die bisherige Parlamentspräsidentin Doris Bures (SPÖ) als zweite Parlamentspräsidentin nur 66 Prozent. Lediglich Norbert Hofer (FPÖ) als lachender Dritter kam über 80 Prozent.

Kindergarten im Hohen Haus, für das Kurz gebetsmühlenartig wie überhaupt für die Politik einen neuen Stil einmahnt? Und wird alles besser, wenn eine neue Regierung steht? Oder ist ohnehin von vornherein alles schlecht, was ÖVP/FPÖ dann präsentieren, weil die SPÖ nicht mehr regiert? Aber wie gesagt: Noch gibt es keine Regierung, es wird intensiv verhandelt. Das Einzige, was aus den Verhandlungen nach außen drang, ist, dass die FPÖ das ab Mai 2018 endgültig geltende absolute Rauchverbot in Lokalen kippen will. Bis zum weißen Rauch, was eine Regierung betrifft, wird es noch dauern. Bis dahin: Viel Rauch um noch nichts.

Moskaus Sicht der Welt ist auf Balkan allgegenwärtig

HINTERGRUND: Russland baut Einfluss im Südosten Europas durch Medien und Wirtschaft konstant aus

BELGRAD (APA/dpa). Kroatische Medien schwärmten: Russische Waffenbauer hätten das Präzisionsgewehr SVLK-14 Sumrak entwickelt, das mit einem Treffer über 4210 Meter einen „Weltrekord“ erzielt habe.

Im Streit um die verweigerte Auslieferung des französischen Hubschrauberträgers „Mistral“ an Russland informierten serbische Medien, das jetzt entwickelte Landungsboot „Priboi“ stelle „Mistral“ deutlich in den Schatten.

Die Quelle dieser „Nachweise“ für die angebliche Überlegenheit russischer Waffentechnik: die Nachrichtenagentur „Sputnik“. Während die USA und die EU „Sputnik“ und seinen Bruder „RT“ (einst Russia Today) als gefährliches Propagandainstrument Russlands einstufen, beharrt Moskau darauf, es handle sich um seriöse Informationsquellen. Neben Deutsch verbreiten die beiden Medien ihre Beiträge auch in serbischer und kroatischer Sprache. Zeitungen und Internetportale in Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina oder Mazedonien übernehmen das kostenlose Material regelmäßig und meist eins zu eins kommentiert. So erreichen Moskauer Positionen immer wieder große Bevölkerungsgruppen auf dem Balkan.

Vorwurf: Moskau heizt Konflikte gezielt an

Russlands Gegner unterstellen, es wolle Einfluss als Gegengewicht zu Washington und Brüssel aufbauen und verfare nach dem Rezept „teile und herrsche“. Aus ihrer Sicht heizt die Berichterstattung aus Moskau viele Konflikte an: Serben



Der russische Präsident Wladimir Putin agiert auf dem Balkan strategisch.

APA/afp/ALEXANDER NEMENOV

gegen Kroaten, Albaner gegen Serben, Serben gegen Mazedonier, Bosniaken gegen Serben, Montenegriener gegen Serben. Moskau wolle mit einer Verteufelung von EU und NATO verhindern, dass sich Staaten an euroatlantische Strukturen annähern – wie zuletzt im Fall Montenegro und Mazedonien. „Wenn Bosniaker kollabiert, bekommen nicht nur die Serben einen (eigenen) Staat – Chancen dafür haben auch die Kroaten“, titelte „Sputnik“ vor 2 Wochen und befeuerte damit den ohnehin brodelnden nationalistischen Konflikt in diesem kleinen Balkanland.

Obwohl der Westen in den vergangenen 2 Jahrzehnten praktisch allein für Milliarden-Euro-Hilfen an die Balkanländer stand, hat Moskau sich geschickt wirtschaftlichen Einfluss verschafft. Die Erdölindustrie in

Serbien und bei den bosnischen Serben konnte es mit politischer Hilfe für einen Spottpreis kaufen und diktiert damit die Marktbedingungen.

In Kroatien hatten russische Banken – allen voran die Sberbank – dem heute bankrotten Lebensmittelriesen Agrokor auch dann noch Kredite zur Verfügung gestellt, als westliche Institute abwinkten. Vor kurzem sprach der russische Präsident Wladimir Putin in Moskau mit seiner kroatischen Amtskollegin Kolinda Grabar-Kitarovic über Wege aus dem Milliarden-Euro-Dilemma. Der Vorstandschef des russischen Energieriesen Rosneft, Igor Setschin, elektrisierte die kroatischen Medien mit seinem Angebot, Kroatien könne mit dem Giganten eine „strategische Partnerschaft“ eingehen.

Einen Coup landete zuletzt der russische Botschafter in Serbien, Alexander Tschepurin. Via „Sputnik“ machte er sich über den für den Balkan zuständigen Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Hoyt Brian Yee, lustig. Dieser ermahnte vor wenigen Tagen den EU-Beitrittskandidaten, er könne mit seinem besonders engen Verhältnis zu Russland nicht auf 2 Stühlen sitzen. Der US-Diplomat sei doch nur der „75. Vertreter des 24. Mitarbeiters des stellvertretenden Außenministers“ und daher bitte nicht ernst zu nehmen, sagte Tschepurin. Sein Spott schlug ein – bei der serbischen Nachrichtenagentur Tanjug, dem Belgrader TV-Sender N1, dem Staatsfernsehen, dem größten Privat-TV-Sender Pink und dem Portal B92.

© Alle Rechte vorbehalten

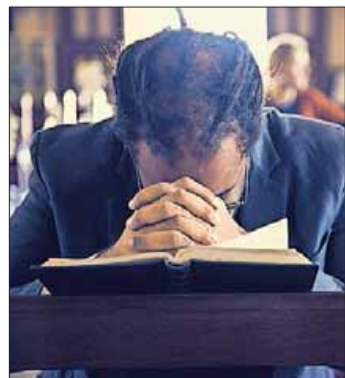
EUROPA-SPLITTER

EU und Religionsvertreter diskutieren Zukunft Europas

TREFFEN: Seit 13 Jahren trifft sich die Spitze der EU-Kommission mit Kirchen und Konfessionen zu einem Dialog

BRÜSSEL. Diese Woche fand sich wieder eine Reihe von ranghohen religiösen Führern bei der EU-Kommission ein, wo sie von Vizepräsident Frans Timmermans sowie der Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Mairead McGuinness empfangen wurden. Dieser jährliche Dialog findet seit 2005 statt.

Seit 2009 nehmen auch philosophische und nicht konfessionelle Gruppierungen teil, darunter auch Agnostiker, Atheisten oder Freimaurer. Vielfalt prägte auch den diesmaligen Dialog: unter den rund einem Dutzend Religionsvertretern waren die Metropolen von Skandinavien und Frankreich, der Oberrabbi von Brüssel, der Erzbischof von Luxemburg, der irische Bischof von Down und Connor, die Vorsitzende der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Erzbischof der evangelischen



Ein betender Mann. Shutterstock

Kirche von Estland, der Großimam von Bordeaux, der Präsident der Europäischen Buddhistischen Vereinigung, der Vorstehende der Mormonen Europas und die Gründerin der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin. Das Thema des diesjährigen Dialoges war „Die Zukunft Europas: eine wertefundierte

und effiziente Union“.

Der Vizepräsident der Kommission meinte, dass man dank des regelmäßigen Dialogs mit religiösen Vereinigungen und mit weltanschaulichen Gemeinschaften besser in der Lage sei, „die Frage nach unserer gemeinsamen Zukunft optimal zu stellen.“ Wie bei früheren Treffen erörterten die Teilnehmer auch die soziale und ökologische Dimension der EU, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die anwesenden religiösen Führer wurden aufgerufen, im Rahmen des Reflexionsprozesses über die Zukunft Europas mit der Kommission zusammenzuarbeiten. Es wurde vereinbart, den Dialog über die erörterten Fragen fortzusetzen.

Seit Ende 2009 bestimmt der Vertrag über die Arbeitsweise der EU in seinem Artikel 17, dass die Europäische Union mit den Kirchen und Gemeinschaften „in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrages einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ zu halten habe. Das Bedürfnis der EU, das Verhältnis zu den Kirchen nicht zu vernachlässigen, ist aber viel älter: Bereits 1982 wurde ein EU-Beamter mit der Pflege dieses Verhältnisses betraut. Diese Aufgabe ist erst letzten Monat von der Deutschen Katharina von Schnurrbein auf den Franzosen Vincent Depaigne übergegangen. Generell verpflichtet der EU-Vertrag die EU-Organe zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft“.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



Da liegen Welten dazwischen.

D: Schweigt sich das EU-Recht zum Thema Religion aus?

Toggenburg: Wo es um Religion geht, hält sich das EU-Recht eher zurück. Das sieht man im Tierschutz und Lebensmittelrecht – da gibt es Ausnahmebestimmungen zugunsten religiöser Praktiken. In einem bekannten Fall im Zusammenhang mit dem irischen Abtreibungsverbot hat sich der EU-Gerichtshof sehr zurückgehalten.

„D“: Trotzdem war ein Gottesbezug in den EU-Verträgen aber unerreichbar?

Toggenburg: Denke schon, er wäre erreichbar gewesen, aber die Vorschläge waren zu plump.

„D“: Was meinen Sie damit?

Toggenburg: Man hätte vorschlagen können, dass die EU-Verträge sich auf die Gottesbezüge der nationalen Verfassungen beziehen, anstatt eine Art „supranationalen“ Gottesbezug zu fordern.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.

„Dolomiten“: Angesichts des jährlichen Dialoges: Ist das Verhältnis zwischen EU und Kirchen tatsächlich so rosig?

Gabriel N. Toggenburg: Wohlwollende Distanz trifft es besser. Die EU hat die religiöse Vielfalt Europas zu achten. Sie darf nicht in das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen hineinregieren.

„D“: Es droht also kein kirchenrechtlicher Einheitsbrei in der EU?

Toggenburg: Nein. Die irische Verfassung beginnt mit „In the Name of the Most Holy Trinity“ und ruft also in allem Pathos die Dreifaltigkeit an. Die französische Verfassung beginnt ganz im Gegenteil mit den Worten „La France est une République laïque“ und erhebt somit die Laizität zum Verfassungswert.